

## Kurzprotokoll

der 2. Sitzung der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der  
SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit"  
am Donnerstag, dem 21. September 1995, 18.35 - 21.20 Uhr  
in Bonn, Bundeshaus, NH 2104

Vorsitz: Abg. Siegfried Vergin (stellv. Vorsitzender)

### Tagesordnung:

1. Zusammensetzung der Kommission:
  - a) Stellvertretendes Mitglied der PDS/Mitwirkungsmöglichkeiten von Abgeordneten in Enquete-Kommissionen
  - b) Einladung der stellvertretenden Mitglieder
  - c) Sachverständige
2. Vorstellung der Mitarbeiter des Sekretariats
3. Arbeitsplanung insgesamt:
  - a) Vorbereitung durch Obleutegespräche und Berichterstattergruppen
  - b) Arbeitsprogramm bis spätestens Februar 1996
  - c) Themenschwerpunkte und weitere Themen
  - d) Reihenfolge und Zeitplan der einzelnen Themen
  - e) Benennung von Berichterstattern
  - f) Instrumente:
    - öffentliche/nichtöffentliche Sitzungen
    - Anhörungen
    - Expertisen
    - Forschungsaufträge

4. Forschungsmittel 1995
5. Gespräch beim Bundespräsidenten am 13.10.1995
6. Öffentliche Anhörung im November 1995:
  - a) Termin
  - b) Thema
  - c) Teilnehmer
  - d) Ablauf
  - e) Verfahren der Vorbereitung
7. Arbeits- und Zeitplan 1995 (s. Kdrs. 1)
8. Verschiedenes

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit"

Ordentliche Mitglieder der Enquete-Kommission	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder der Enquete-Kommission	Unterschrift
---	--------------	--	--------------

Abgeordnete(r)	Unterschrift	Abgeordnete(r)	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Büttner, Hartmut	<i>Büttner</i>	Brudlewsky, Monika	
Eppelmann, Rainer		Dehnel, Wolfgang	
Koschyk, Hartmut	<i>Koschyk</i>	Dr.-Ing.Jork, Rainer	
Kuhn, Werner	<i>Kuhn</i>	Link (Diepholz), Walter	
Selle, Johannes	<i>Selle</i>	Frhr.v.Schorlemer,	
		Reinhard	

<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	<del><i>Dr. Richter, E</i></del> <i>E. Richter</i>
Gleicke, Iris	<i>Gleicke</i>	Braune, Tilo	
Hilsberg, Stephan	<i>Hilsberg</i>	Kressl, Nicolette	<i>Kressl</i>
Meckel, Markus		Kurzthals, Christine	
Vergin, Siegfried	<i>Vergin</i>	Spiller, Jörg-Otto	<i>Spiller</i>

<u>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</u>		<u>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</u>	
Poppe, Gerd	<i>Poppe</i>	Häfner, Gerald	<i>Häfner</i>

<u>F.D.P.</u>		<u>F.D.P.</u>	
Dr. Ortleb, Rainer		Dr.Schmidt-Jortzig, Edzard	

<u>PDS</u>		<u>PDS</u>	<i>V-5-5</i>
Dr. Elm, Ludwid	<i>Elm</i>	Kutzmutz, Rolf	

Enquete - Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur"

als sachverständige Mitglieder:

Prof. Burchter, Clemens

..... *unvollständig* .....

Prof. Faulenbach, Bernd

..... *Prof. Faulenbach* .....

Fricke, Karl Wilhelm

..... *K. Fricke* .....

Gutzeit, Martin

..... *M. Gutzeit* .....

Hansen, Dirk

..... *D. Hansen* .....

Prof. Dr. Huber, Peter M.

..... *P. Huber* .....

Prof. Dr. Maser, Peter

..... *P. Maser* .....

Dr. Moreau, Patrick

..... *P. Moreau* .....

Prof. Weber, Hermann

..... *H. Weber* .....

Prof. Dr. Wilke, Manfred

..... *M. Wilke* .....

Prof. Dr. Reinhard Mosek

Ilko - Sascha Kowalczyk

..... *unbeschuldigt* .....

Eng.-Komm.  
"SED-Diktatur"

**Fraktions- und Gruppen-  
vorsitzende:**

**Vertreter:**

CDU/CSU

.....

.....

SPD

.....

.....

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

.....

.....

F.D.P.

.....

.....

PDS

*Seifert*

.....

.....

**Fraktions- und Gruppen-  
mitarbeiter:**

(Name bitte Druckschrift)

**Fraktion/Gruppe:**

**Unterschrift**

..... Keller, Dietmar

PDS

*[Signature]*

..... Birkner, Jan

SPD

..... Vöschner, Jost

CDU/CSU

*[Signature]*  
Drechsler

..... DRECHSLER

SPD

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Donnerstag d. 21. Sep. 95 18 30

Ministerium  
bzw. Dienststelle  
(bitte Druckschrift)

Name  
(bitte Druckschrift)

Dienststellung  
(in Druckschrift,  
nicht abgekürzt)

Unterschrift

BMI  
BK  
DMI  
BMA

Witzlani  
Dr. J. Arctz  
Kaack  
KURB

Min-Direk  
RL  
RL

*[Handwritten signatures]*

Bundesrat:  
(bitte Druckschrift)

Unterschrift

Dienststellung  
(Druckschrift,  
nicht abgekürzt)

Land

Schnebel  
Schulz

*[Handwritten signatures]*

MR  
Ref.

R-P  
M-V

**Der Vorsitzende, Abg. Siegfried Vergin** (stellvertretender Vorsitzender der Kommission), eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er entschuldigt den Vorsitzenden der Kommission, Abg. Rainer Eppelmann, der sich zur Zeit in der Österreichischen Botschaft befinde, um das Große silberne Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich in Empfang zu nehmen.

## **PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG**

### **Zusammensetzung der Kommission**

- a) Stellvertretendes Mitglied der PDS/Mitwirkungsmöglichkeiten von Abgeordneten in Enquete-Kommissionen

**Abg. Dr. Ludwig Elm** erklärt, daß die Gruppe der PDS an der Nominierung des Abg. Rolf Kutzmutz als stellvertretendes Mitglied der Enquete-Kommission festhalte. Jeder Abgeordnete in der Gruppe sei gleichberechtigt. Die PDS habe sich bei dieser Entscheidung von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen und die Biographie des Abg. Kutzmutz berücksichtigt, zu der dieser selbst eine durchaus kritische Einstellung habe.

**Der Vorsitzende** trägt für den abwesenden Vorsitzenden der Kommission, Abg. Rainer Eppelmann, dessen im Obleutegespräch abgegebene Erklärung dazu vor, daß er die Entscheidung der Gruppe der PDS bedauere und konstatiere, daß die PDS damit eine Chance verpaßt habe, gegenüber den Mitgliedern der Enquete-Kommission eine Geste der Versöhnung zu zeigen, gleichwohl aber auf eine sachliche Zusammenarbeit hoffe. Der Vorsitzende verweist in diesem Zusammenhang auf § 56 Abs. 2 GOBT, wonach formaljuristisch jede Fraktion und jede Gruppe, wenn kein Einverständnis untereinander bestehe, ihre Mitglieder selbst benenne.

**Abg. Hartmut Koschyk** trägt vor, daß jede Fraktion und Gruppe in der Enquete-Kommission bei der Benennung ihrer Mitglieder und Stellvertreter völlig souverän sei und diese selbstverständlich gleichwertig und gleichberechtigt seien. Er verweist in diesem Kontext aber auf das parlamentarisch-politische Recht der anderen Fraktionen sowie der Öffentlichkeit, solche Entscheidung zu problematisieren, zu diskutieren und zu bewerten.

Abg. Koschyk bedauert die Entscheidung der PDS und fügt an, daß Kollegen aus der CDU/CSU, die in der DDR ihre Erfahrungen gemacht hätten, von der Nominierung des Abg. Kutzmutz persönlich sehr betroffen seien.

**Abg. Stephan Hilsberg** bringt zum Ausdruck, daß man die Entscheidung der PDS zur Kenntnis nehmen und als solche respektieren müsse, und erklärt für seine Person, er finde es beschämend, daß eine Partei wie die PDS, die in ihrem Programm Respekt vor dem Widerstand gegenüber allen totalitären Diktaturen bekunde, nicht in der Lage sei, einen Bruchteil von dem, was für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit erforderlich wäre, zu leisten. Andererseits sei ihm die heutige Situation allemal lieber, daß man jemandem, der früher für die Staatssicherheit gearbeitet habe, offen gegenüberstehe und wisse, woran man sei, als diejenige in der DDR, wo man dies nur habe vermuten können.

**Abg. Werner Kuhn** weist mit Nachdruck darauf hin, daß sich jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach dem Stasiunterlagengesetz überprüfen lassen müsse und bei geringsten Anlässen entlassen werde. Daß sich der Abg. Kutzmutz auf diesem Hintergrund in die Enquete-Kommission habe wählen lassen, finde er charakterlos. Dafür habe er kein Verständnis.

**Der Vorsitzende** stellt fest, daß eine Betroffenheit wegen dieser Personalentscheidung bei Kommissionsmitgliedern bestehe. Er hoffe aber, daß trotz dieses Mißklangs am Anfang der Arbeit der Enquete-Kommission in der Sache eine fruchtbare Arbeit gelingen werde.

b) Einladung der stellvertretenden Mitglieder

Die Kommission beschließt, daß auch die stellvertretenden Mitglieder regelmäßig - zusätzlich zu den ordentlichen Mitgliedern - an den Kommissionssitzungen teilnehmen können und alle Kommissionsunterlagen bekommen sollen.

c) Sachverständige

**Der Vorsitzende** teilt mit, daß seit der letzten Sitzung folgende Sachverständige benannt worden seien:

- Prof. Clemens Burrichter
- Prof. Dr. Bernd Faulenbach
- Martin Gutzeit
- Prof. Dr. Hermann Weber, alle von der SPD.



- Ilko-Sascha Kowalczyk von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Die PDS habe als Ersatz für Prof. Dr. Reinhard Klenner Prof. Dr. Reinhard Mocek benannt.

Der Vorsitzende stellt fest, daß damit die Kommission komplett sei. Nach dem Einsetzungsbeschluß habe die Kommission 22 stimmberechtigte, 2 nichtstimmberechtigte und 12 stellvertretende Mitglieder, davon 1 stellvertretendes Mitglied nichtstimmberechtigt.

Was die Mitwirkungsmöglichkeiten von Abgeordneten, die nicht Mitglieder der Kommission sind, betreffe, so werfe der Vorgang, der durch den Abg. Stefan Heym bzw. durch die Debatte im Bundestag bezüglich der Beteiligung des Abg. Heym in der Kommission ausgelöst wurde, ein grundsätzliches Problem auf. Im Parlamentarismus gehe es nicht um das Problem einer Einzelperson, sondern um generelle Normen. Es liege inzwischen eine Äußerung des Sekretariats des 1. Ausschusses vor, jedoch noch nicht der Antwortbrief des Ausschußvorsitzenden.

**Sekretariatsleiter Rolf Eising** bestätigt, daß ein Vermerk des Leiters des Sekretariats des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zur Rechtslage bezüglich der Mitwirkungsmöglichkeiten von Abgeordneten, die nicht Mitglieder der Kommission sind, vorliege. Dieser Vermerk enthalte im wesentlichen vier Aussagen:

1. Grundsatz sei, daß die Teilnahme an den Beratungen der Kommission nur den Kommissionsmitgliedern, d.h. den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern, die Abgeordnete sind, und den Sachverständigen zustehe.
2. Ein Zutrittsrecht zu allen Sitzungen hätten gemäß § 69 Abs. 1 GOBT alle Bundestagsabgeordneten. Mit diesem Zutrittsrecht sei aber kein Rederecht verbunden.
3. Mitglieder des Bundestages, die nicht Kommissionsmitglieder sind, könnten durchaus zu einer einzelnen Anhörung eingeladen werden, wenn die Kommission der Auffassung sei, daß zu der Thematik dieser Anhörung ein Abgeordneter etwas Besonderes beitragen könne. Dann könne er selbstverständlich wie jeder andere auch zu einer solchen Anhörung eingeladen und gehört werden, damit auch sprechen und sich an der Diskussion beteiligen. Diese Einladung beinhalte aber nicht das Recht, an den eigentlichen Kommissionsberatungen, d.h. an der Bewertung der Anhörung, teilzunehmen.
4. Abgesehen von der einem Fraktionsvorsitzenden oder einem Gruppenvorsitzenden zustehenden Möglichkeit, ein Mitglied mit seiner ständigen Vertretung in der Kommission - mit Rederecht - zu beauftragen, gebe es eine einzige Möglichkeit für Kommissionen, zu beschließen, daß Nichtkommissionsmitglieder generell an Beratungen mit Rederecht teilnehmen dürfen. Dazu sei in dem Vermerk ausgeführt, daß Enquete-Kommissionen in besonderen Fällen Mitglieder des Bundestages zu ihren Verhandlungen mit beratender

Stimme hinzuziehen oder zulassen könnten (§ 69 Abs. 3 Satz 3, GOBT). Diese Vorschrift zielt auf die Fälle, bei denen ein Ausschuß bzw. eine Enquete-Kommission den besonderen Sachverstand eines anderen Mitglieds des Bundestages einsetzen wolle. Die Formulierung der Vorschrift als Soll-Vorschrift bewirke, daß die Ausschüsse bzw. Enquete-Kommissionen eine besondere Begründungslast treffe, wenn sie besonders sachverständige Parlamentskollegen mit beratender Stimme hinzuzögen. Diese besonders sachverständigen Mitglieder des Bundestages könnten indessen erst an den Aussprachen und sonstigen Sitzungen der Kommission beratend teilnehmen, nachdem die Enquete-Kommission einen Beschluß darüber gefaßt habe, daß dem betroffenen Mitglied des Bundestages der Beraterstatus innerhalb der Kommission zuerkannt werde.

Dies werde auch der Inhalt des Briefes des Vorsitzenden des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zur Rechtslage sein, der in den nächsten Tagen eingehen werde.

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden** beschließt die Kommission, den Brief des Vorsitzenden des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung abzuwarten. Danach solle dann die Beschlußfassung erfolgen.

**Abg. Hartmut Koschyk** wendet sich an den anwesenden Abg. Stefan Heym persönlich. Er lege Wert darauf, deutlich zu machen, daß der freundschaftliche Austausch bei der Parlamentssitzung auch schon die Einladung an die PDS gewesen sei, mit der Benennung von Stefan Heym als ordentliches oder stellvertretendes Mitglied ein Zeichen zu setzen, daß die PDS die offizielle, kontinuierliche und vollberechtigte Mitarbeit von Stefan Heym wünsche. Abg. Koschyk betont, daß er die PDS als ausgezeichnete Kennerin der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages kennengelernt habe und davon ausgehe, daß die PDS bei der Benennung des ordentlichen bzw. stellvertretenden Mitgliedes auch in Kenntnis der Geschäftsordnung gehandelt habe. Deshalb habe auch die CDU/CSU nicht die Absicht, außerhalb der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu verfahren. Die Gespräche in der CDU/CSU seien aber noch nicht abgeschlossen.

**Der Vorsitzende** erteilt dem Abg. Stefan Heym das Wort, da er von seinem Vorredner angesprochen wurde.

**Abg. Stefan Heym** setzt die Kommission davon in Kenntnis, daß er sich nicht um eine Mitarbeit reiße, jedoch bereit sei, in dieser politisch wichtigen und interessanten Kommission als Gast gelegentlich mitzuarbeiten, nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen und Kenntnisse der Geschichte der DDR, unabhängig von der Nominierung durch die PDS. Er komme gerne auf das Angebot des Abg. Koschyk zurück, sei aber nicht bereit, in dieser Kom-

mission nur eine Zuhörerrolle einzunehmen.

**Abg. Gerd Poppe** macht deutlich, daß er nichts gegen eine Mitarbeit von Stefan Heym habe, es ihm aber lieber gewesen wäre, wenn die PDS ihn als stellvertretendes Mitglied benannt hätte. Er erinnert daran, daß bereits die erste Enquete-Kommission davon Gebrauch gemacht habe, Abgeordnete als Gäste einzuladen, die nicht Mitglieder der Kommission waren, um diese zu bestimmten Sachthemen anzuhören. Dies könne er sich für den Abg. Heym wie auch für andere Abgeordnete - z.B. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - vorstellen, die besondere Erfahrungen mit der DDR gemacht hätten und zu diesem Thema ebenso aussagefähig wären.

Es könne hier keine Sonderkonditionen für ein einzelnes Mitglied des Bundestages geben, sondern nur Bedingungen, die für andere Abgeordnete des Bundestages in vergleichbarer Weise zuträfen.

**Abg. Johannes Selle** bemerkt in diesem Zusammenhang, daß die PDS hier eine Chance vergeben habe, einen DDR-Kenner wie Stefan Heym nicht in diese Kommission gesandt zu haben. Es sei der PDS eine Ehre gewesen, daß der Abg. Stefan Heym die erste Rede im neuen Parlament gehalten habe, und es wäre auch gut und glaubwürdig gewesen, wenn die PDS ihn auch für die Bearbeitung dieses schwierigen Themas in der Kommission aufgestellt hätte. Dies habe aber die PDS nicht gemacht. Abg. Selle äußert die Vermutung, daß die PDS vielleicht kein Interesse daran habe, den Sachverstand des Abg. Heym bei der Aufarbeitung einzubringen.

**Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach** erklärt im Namen der SPD-Fraktion, daß auch die SPD-Fraktion die kontinuierliche Mitwirkung des Abg. Stefan Heym begrüßt hätte. Ihre Entscheidung werde die SPD-Fraktion nach Erhalt des Briefes des 1. Ausschusses fällen.

## **PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG**

### **Vorstellung der Mitarbeiter des Sekretariats**

**Der Vorsitzende** bittet die Mitarbeiter des Sekretariats, sich vorzustellen.

- Leiter des Sekretariats: Rolf Eising
- stellvertretende Leiterin: Dr. Marlies Jansen
- wissenschaftliche Mitarbeiter:  
Bernard Bode, Dr. Bernhard Marquardt, Thomas Ammer
- Sachbearbeiter: Jürgen Wiesner
- Sekretariat: Ingrid Manns, Monika Rieke
  
- FraktAng der SPD: Dr. Ingrun Drechsler
- FraktAng der CDU/CSU: Jost Vielhaber
- FraktAng der F.D.P: N.N.
- FraktAng BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Udo Baron
- FraktAng der PDS: Dr. Dietmar Keller

**Als Gäste** begrüßt er die Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern:

- Dr. Witzlau, UAL GB II  
Kaak, Referatsleiter  
Kuhrt, Referatsleiter

### PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG

#### Arbeitsplanung insgesamt

- a) Vorbereitung durch Obleutegespräche und Berichterstattergruppen

**Der Vorsitzende** teilt mit, daß die Obleuterunde (teilweise unter Beteiligung einzelner Sachverständiger) und die Berichterstattergruppen Vorschläge zur Arbeitsplanung unterbreiten; Entscheidungen treffe aber die Kommission.

- b) Arbeitsprogramm bis spätestens Februar 1996

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, daß gegenüber dem Präsidium des Deutschen Bundestages die Pflicht bestehe, ein detailliertes Arbeitsprogramm für die gesamte Dauer der Kommissionsarbeit bis Ende 1995, spätestens bis 20. März 1996, vorzulegen, und damit ein gewisser Spielraum nach der Geschäftsgrundlage für die kleineren Gruppen bestehe.

- c) Themenschwerpunkte und weitere Themen

**Der Vorsitzende** erläutert, daß die Themenschwerpunkte der Kommission durch den Bundestag bereits sehr detailliert gefaßt worden seien, somit die Ziffern A, B und C schon feststünden sowie für die Gedenkstätten ebenfalls schon eine Festlegung getroffen sei, so daß diese Komplexe als Themenschwerpunkte bereits existierten. Er benennt weitere Themenschwerpunkte wie Stiftung und Archive, für die bereits Themenvorgaben vorhanden seien, und bittet um weitere Vorschläge, die in der Obleuterunde besprochen werden sollten, um dann Vorschläge für die Beschlußfassung unterbreiten zu können.

**Abg. Hartmut Koschyk** schlägt vor, die Kommission solle heute für die sich aus dem Einsetzungsbeschluß ergebenden Themen A, B und C die Einsetzung von Berichterstattergruppen beschließen. Er erinnert daran, daß die Stärke der Berichterstattergruppen durch die Obleute festgelegt worden sei, wobei für die CDU/CSU und die SPD jeweils 2 Sitze und für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- und die F.D.P. jeweils 1 Sitz sowie für die PDS 1 Sitz mit beratender Stimme vorgesehen seien. Er fordert die baldige Einsetzung der Berichterstattergruppe "Juristische Aufarbeitung/Opfer", um Vorschläge für den Bundestag rechtzeitig erarbeiten zu können. Diese Berichterstattergruppe erscheine den Obleuten aufgrund der aktuellen, politischen und gesellschaftlichen Diskussion, aber auch aufgrund

aktueller Beratungen in den Fachausschüssen dringend notwendig, bevor z.B. im Rechtsausschuß die Beratungen abgeschlossen seien. Die Koalitionsfraktionen seien ferner der Meinung, daß, resultierend aus dem Einsetzungsbeschuß, zusätzliche Berichterstattergruppen zur Gedenkstättenfrage, zur Frage einer institutionellen Einrichtung zur kontinuierlichen Fortgestaltung des Aufarbeitungsprozesses nach Ende der Arbeit dieser Enquete-Kommission, aber auch zur Frage der Archive und zum Themenkomplex Zusammenarbeit mit Parlamenten und nichtstaatlichen Einrichtungen ostmitteleuropäischer Staaten eingesetzt werden sollten. Über diese zusätzlichen Berichterstattergruppen sei noch unter den Obleuten zu sprechen.

**Abg. Gerd Poppe** bemerkt, daß sich die Bearbeitung der Probleme 'Rehabilitierung von Opfern, justizielle Aufarbeitung' - vor dem Hintergrund der Novellierung der sog. Unrechtsbereinigungsgesetze - schon zwingend aus dem Einsetzungsbeschuß ergebe, und hierüber hätten die Fraktionen auch schon einen Konsens erreicht. Dies wäre der vierte Themenbereich. Die Zusammenarbeit mit Ostmitteleuropa und die Frage der Archive gehörten zusammen, da es um die dortigen Archive und die dortige Aufarbeitung gehe, und er rechne damit, daß die Zusammenarbeit sehr ergiebig werden könne.

Er schlägt für seine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, die Berichterstattergruppen zum Thema 'Opferrehabilitierung/ Unrechtsbereinigung' recht schnell einzusetzen, da es aktuelle Gesetzgebungsvorhaben gebe.

**Sv. Prof. Dr. Hermann Weber** stellt den Antrag auf Einsetzung einer "Arbeitsgruppe Archive", der auch von den Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke, Prof. Dr. Peter Maser und Prof. Dr. Bernd Faulenbach eingebracht werde, und bittet die Obleute, möglichst rasch zu einem Beschluß zu kommen, damit eine solche Archiv-Gruppe ihre Tätigkeit aufnehmen könne (Antrag siehe Anlage 1).

**Der Vorsitzende** spricht die Bitte aus, in den Gruppen und Fraktionen zu beratschlagen, welche Themen noch zu behandeln wären, damit die Kommission zur Strukturierung der Berichterstattergruppen kommen könne, ohne bereits den Zeitpunkt des Arbeitsbeginns festzulegen.

**Abg. Hartmut Koschyk** unterbreitet den Vorschlag, die Benennung der Berichterstattergruppen zu den Themen A, B und C und zum Themenfeld 'Juristische Aufarbeitung/Opfer' zügig vorzunehmen und begründet dies mit notwendigen Entscheidungsprozessen im Bundestag.

**Sv. Martin Gutzeit** unterstreicht, daß die Einsetzung der Berichterstattergruppe juristische



Aufarbeitung/Opfer bereits schon heute erfolgen müsse.

**Abg. Gerd Poppe** rät, die Berichterstattergruppe nicht 'Juristische Aufarbeitung' zu nennen. Die Entscheidungen, die im Parlament zu treffen seien, drehten sich eher um Fragen Rehabilitation und andere Möglichkeiten von Aufarbeitung und weniger um solche der Justiz. In der damaligen Enquete-Kommission habe man bereits große Zurückhaltung gegenüber der Justiz geübt, schon aus Gründen der Gewaltenteilung. Er bittet darum, die Berichterstattergruppe nicht 'Juristische Aufarbeitung' zu nennen, damit nicht der Eindruck entstehe, die Kommission wolle über die Ergebnisse der justitiellen Aufarbeitung beraten, was sie aus formaljuristischen Gründen auch gar nicht könne.

**Der Vorsitzende** bemerkt, die beiden Arbeitstitel 'Juristische Aufarbeitung/Opfer' seien so eingeführt worden und für eine Umbenennung der Arbeitstitel müßten Vorschläge erbracht werden.

d) Reihenfolge und Zeitplan der einzelnen Themen

**Der Vorsitzende** trägt das Ergebnis der Obleutesprechung vor. Die Obleute hätten sich darauf geeinigt, daß mit der Gruppe C 'Das geteilte Deutschland im geteilten Europa' und möglichst gleichzeitig mit dem Themenfeld 'Juristische Aufarbeitung/Opfer' begonnen werden solle. Der Zeitplan für die Themen 'Bildung, Wissenschaft, Kultur' und 'Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik' solle nachgereicht werden.

**Abg. Hartmut Koschyk** bemerkt dazu, das Ergebnis der Obleutebesprechung sei in den Koalitionsfraktionen diskutiert worden sei. Dabei habe sich entgegen der zunächst geäußerten Zustimmung, man könne mit dem Themenfeld C beginnen, die Auffassung durchgesetzt, daß man die Themenfelder A, B und C, wie im Einsetzungsbeschluß vorgesehen, nacheinander in der entsprechenden Reihung behandeln solle. Abg. Koschyk schlägt vor, noch einmal darüber im Obleutegespräch zu beraten.

**Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach** plädiert für die SPD-Fraktion, die Reihenfolge beizubehalten, die in der Obleutesitzung festgelegt wurde. Er bittet die Mehrheitsfraktion sich zu überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, bei der festgelegten Reihenfolge zu bleiben.

**Abg. Gerd Poppe** meint, daß es gut wäre, wenn die Berichterstattergruppen einen gewissen Vorlauf für diese Entscheidungen schüfen. Er vermute, daß mit dem Arbeitsthema 'Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik' relativ spät begonnen werden könne, da

diesbezüglich kein Vorlauf durch die vorherige Kommission bestehe, im Gegensatz zu den Themen 'Das geteilte Deutschland im geteilten Europa' und 'Bildung, Wissenschaft, Kultur'. Man solle deshalb mit einem dieser Themen anfangen, ansonsten aber die Reihenfolge z.Z. noch offenhalten, bis von den Berichterstattergruppen konkretere Vorschläge vorliegen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, die Reihenfolge der Themen solle noch einmal in der Obleutesitzung diskutiert werden.

**Abg. Prof. Dr. Ludwig Elm** schließt sich diesem Vorschlag an. Er glaubt, daß eine Diskussion in der Obleutesitzung - unter Einbeziehung der neuen Gesichtspunkte - eine konstruktive Lösung sei.

**Sv. Dirk Hansen** verweist darauf, daß diese Kommission zwar die Fortsetzung der alten Kommission sei, jedoch mit einer thematischen Verschiebung. Man solle schon die Ergebnisse nutzen, das sei Beschlußlage. Jedoch ergebe sich daraus nicht das zeitliche unmittelbare Anknüpfen. Er macht darauf aufmerksam, daß die Reihenfolge A, B, C der Themen im Einsetzungsbeschluß zwar alphabetisch, aber nicht mechanisch, sondern von einer inhaltlichen Begründung und einer inneren Logik getragen sei. Spezifische Hintergrundfragen seien gegenstandsbezogen, sie bildeten den Anknüpfungspunkt für die Reihenfolge der Themenkomplexe. So sollten vor dem Hintergrund der Mentalitätsentwicklung im vereinigten Deutschland bestimmte Fach- und Sachfragen wie etwa zur 'Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik' erörtert werden.

Sv. Dirk Hansen gibt für die Obleute zu bedenken, daß dieser Einsetzungsbeschluß offenbar doch einen bestimmten Sinn habe und kein Zufallsergebnis sei.

**Sv. Karl Wilhelm Fricke** bezieht sich auf die Ausführungen von Sv. Prof. Dr. Faulenbach und erläutert zur Reihenfolge der Themen, daß diese Reihenfolge nicht aus mechanischen oder formalen Gesichtspunkte entstanden sei. Der inhaltliche Gesichtspunkt habe die CDU/CSU-Fraktion dazu bewogen, für die im Parlament beschlossene Reihenfolge des Einsetzungsbeschlusses zu plädieren. Sv. Dirk Hansen habe im wesentlichen schon ausgeführt, welche Gedanken dazu geführt hätten. Vor allem die Tatsache, daß die im Themenfeld C zu erörternden Fragen zu einem erheblichen Teil schon in der vorherigen Kommission behandelt worden seien, habe die CDU/CSU-Fraktion dazu bewogen, sie ein wenig nach hinten zu schieben. Man gehe davon aus, daß das Interesse der Öffentlichkeit an den Themen, die bisher im wesentlichen noch nicht behandelt worden seien, größer sei.

**Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach** ist einverstanden, die Reihenfolge der Themenfelder noch einmal im Obleutegespräch - von allen Aspekten her - zu betrachten. Er bittet jedoch



darum, die Reihenfolge relativ bald festzulegen, denn die kleineren Fraktionen würden durch eine Verzögerung der Entscheidung überfordert.

**Sv. Prof. Dr. Hermann Weber** erinnert noch einmal daran, daß es darauf ankomme, relativ rasch Expertisen, Anhörungen und Forschungsaufträge zu erarbeiten. Der Vorlauf der Themengruppe 3 sei doch so groß, daß die Abarbeitung dieses Themenkomplexes am schnellsten gehe. Er bitte die Obleute, bei ihrer Entscheidung das Zeitproblem nicht zu vergessen.

**Der Vorsitzende** schlägt nochmals vor, alle Themen zu sammeln und sie möglichst schnell an das Büro zu geben, damit dann in der Obleutesitzung die Struktur festgelegt werden könne.

**Sv. Dirk Hansen** bemerkt, daß er bisher davon ausgegangen sei, in der zweiten Kommission nicht eine breite Palette an Themen vorzuschlagen und dann evtl. zu beschließen, sondern daß sich in der Beschränkung der Meister erweisen werde.

**Der Vorsitzende** bemerkt dazu, das werde zwangsläufig so sein, und trotzdem solle noch einmal die Gelegenheit bestehen, sich über diese Themen abzustimmen, denn Offenheit sei ein guter Beginn der Arbeit.

e) Benennung von Berichterstattem

Die Fraktionen benennen ihre Berichterstatter:

**Berichterstattergruppe A "Bildung, Wissenschaft, Kultur"**

CDU/CSU:	Abg. Johannes Selle Sv Prof. Dr. Peter Maser
SPD:	Abg. Tilo Braune Sv. Prof. Clemens Burcher
Bündnis90/DieGrünen	Sv. Imko-Sascha Kowalczuk
F.D.P.:	Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb
PDS:	Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek
Sekretariat:	VA Thomas Ammer (ab 1.10.1995 vorgesehen) Tel. 27774

**Berichterstattergruppe B: "Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik"**

CDU/CSU:	Abg. Dr. Rainer Jork Abg. Werner Kuhn
SPD:	Abg. Christine Kurzhals Abg. Jörg-Otto Spiller
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Abg. Gerd Poppe/Abg. Gerhard Häfner
F.D.P.:	Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb
PDS:	Abg. Rolf Kutzmutz
Sekretariat:	VA Dr. Bernhard Marquardt (Tel.: 25857)

**Berichterstattergruppe C: "Das geteilte Deutschland im geteilten Europa"**

CDU/CSU:	Sv. Karl Wilhelm Fricke Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke
SPD:	Abg. Markus Meckel Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Abg. Gerd Poppe
F.D.P.:	Sv. Dirk Hansen
PDS:	Abg. Prof. Dr. Ludwig Elm
Sekretariat:	VA Bernard Bode (Tel. 27711)

**Berichterstattergruppe 4: "Juristische Aufarbeitung/Opfer" (Arbeitstitel)**

CDU/CSU:	Abg. Hartmut Büttner Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber
SPD:	Abg. Iris Gleicke Sv. Martin Gutzeit
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Abg. Gerald Häfner
F.D.P.:	Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb/ Sv. Dirk Hansen
PDS:	Abg. Prof. Dr. Ludwig Elm
Sekretariat:	N.N.

**Abg. Gerd Poppe** macht den Vorschlag, für jede dieser Gruppe, wie auch in der letzten Kommission, einen Einberufer aus organisatorischen Gründen zu benennen.

**Abg. Hartmut Koschyk** empfiehlt, daß in dem Obleutegespräch Einigung erzielt werden solle über die Einberufer der eingesetzten Berichterstattergruppen.

**Sv. Martin Gutzeit** schlägt vor, daß sich die Kolleginnen und Kollegen der Gruppe "Juristische Aufarbeitung/Opfer" bereits heute terminlich einigen mögen.

**Abg. Gerd Poppe** stimmt dem zu und stellt die Frage, ob denn schon alle vier Berichterstat-tergruppen am folgenden Donnerstag tagen sollten, darüber müsse man sich verständigen.

**Der Vorsitzende** schlägt aufgrund der vorhergehenden Debatte vor, daß die Berichterstat-tergruppe 'Juristische Aufarbeitung/Opfer' auf jeden Fall in der nächsten Woche zusam-mentreten solle. Die Berichterstat-tergruppen sollten sich nach der Sitzung terminlich eini-gen.

- f) Instrumente der Enquete-Kommission
- öffentliche/nichtöffentliche Sitzungen
  - Anhörungen
  - Expertisen
  - Forschungsaufträge

**Der Vorsitzende** verweist darauf, daß durch Beschluß geregelt werden müsse, ob Sitzun-gen öffentlich oder nichtöffentlich seien. Nach seiner Auffassung könnten auch Vorträge als Instrument infrage kommen.

**Abg. Stephan Hilsberg** hält es für richtig, die Sitzungen generell öffentlich abzuhalten. Es würde das Vertrauen fördern, wäre hinsichtlich der Medien nicht schlecht und könnte dazu dienen, daß sich die Öffentlichkeit ein breiteres Bild über die Arbeit machen könne.

**Der Vorsitzende** erinnert daran, daß die Parlamentsreform noch nicht beschlossen sei und noch die alte Geschäftsordnung gelte.

**Sv. Prof. Dr. Hermann Weber** hofft, daß es in dieser Kommission möglich sein werde, For-schungsaufträge zu vergeben. Zum Themenkomplex C schlage er vor, durch einen For-schungsauftrag zu prüfen, wie das Verhältnis zwischen sowjetischen Führungskreisen und der SED gewesen sei, wo es Spielräume und wo es direkte Anweisungen gegeben habe. Er hält es bei der Vergabe von Forschungsaufträgen für notwendig, darauf zu achten, wel-che Themenkomplexe relevant seien.

**Abg. Gerd Poppe** rät dazu, Sitzungen öffentlich abzuhalten, wenn es sich tatsächlich um thematische Veranstaltungen handle.

**Abg. Gerald Häfner** greift die Anregung von Abg. Stephan Hilsberg auf und unterstützt sie. Zur Geschäftslage erklärt er, daß bei der letzten gemeinsamen Parlamentsreform beschlossen worden sei, daß Ausschüsse öffentlich tagen könnten. Jedoch würden die Ausschüsse höchst selten davon Gebrauch machen. Er stellt fest, daß die Geschäftsordnung der Kommission erlaube, öffentlich zu tagen. Da die Kommission für die Öffentlichkeit arbeite, fände er es richtig und wichtig, die Öffentlichkeit daran teilnehmen zu lassen.

**Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach** spricht sich ebenfalls für eine weitgehende Öffentlichkeit bei den Sitzungen aus, jedoch würde der Öffentlichkeit eine - Sitzung wie die heutige - "wenig bringen".

**Der Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, daß in der letzten Enquete-Kommission von über 70 Sitzungen 44 öffentliche Anhörungen waren. Dies verdeutliche, daß es jetzt wohl darum gehe, ob der Grundsatz der Geschäftsordnung durch einen generellen Beschluß umzukehren oder durch einen Einzelbeschluß jeweils festzulegen sei, ob eine Sitzung öffentlich oder nichtöffentlich sein soll.

**Abg. Gerald Häfner** empfiehlt, die Obleute sollten bereits in der nächsten Obleutebesprechung entscheiden, ob eine Sitzung öffentlich oder nichtöffentlich abzuhalten sei.

**Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach** stellt fest, daß darüber weitgehend Konsens bestehe, und führt aus, daß sich die Instrumentarien der vorhergehenden Kommission weitgehend bewährt hätten. Ein neues Instrument wären Forschungsaufträge, die in stärkerem Maße eingesetzt werden sollten. Im Hinblick auf die Vergabe von Forschungsaufträgen, die ja auch beträchtliche Mittel bänden, müsse klar sein, was die konkrete Aufgabenstellung sei und welche Schritte diese Forschung nehmen soll. Er schlägt vor, die Vergabe von Forschungsaufträgen anhand von Exposés zu beschließen.

#### **PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG**

##### **Forschungsmittel 1995**

**Der Vorsitzende** stellt fest, Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach habe mit seinem Beitrag schon auf TOP 4 "Forschungsmittel 1995" übergeleitet und macht darauf aufmerksam, daß die Sammlung der Beschlüsse, die für die Kommission maßgebend sei, unter Punkt 6 "Mittel für die Vergabe von Forschungsaufträgen" abhandle. Jährlich könnten dazu bis zu 400.000 DM bereitgestellt werden, es sei aber nicht möglich, nichtausgeschöpfte Mittel auf das

nächste Haushaltsjahr zu übertragen. Die Berichterstattergruppen sollten konkrete Aufträge/Verträge mit Gutachtern bis zur Kommissionssitzung am 26.10.1995 vorschlagen.

#### Vorschläge für Forschungsaufträge

**Abg. Hartmut Koschyk** schlägt vor, einen öffentlichen Aufruf an die Bürger in Ost- und Westdeutschland zu richten, ihre Erfahrungen zum Leben in der DDR, zur Wiedervereinigung und zum inneren Einigungsprozeß in Form von Erzählungen niederzuschreiben. Dazu solle man Menschen ermutigen.

**Der Vorsitzende** erwähnt den Vorschlag des **Vors. Abg. Rainer Eppelmann**, eine Übersicht über demoskopische Umfragen in Ost- und Westdeutschland über Alltagsleben in Gesamtdeutschland durch den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages erarbeiten zu lassen.

Ein zweiter Vorschlag zu einem Forschungsauftrag komme von dem **Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb** zu dem Thema "Wie war die DDR wirklich?".

**Sv. Prof. Dr. Hermann Weber** gibt bezüglich des Vorschlags von **Abg. Hartmut Koschyk** zu überlegen, wie man die Menschen zu ihren Erzählungen des Alltags motivieren könnte und wie die Kommission gutachterlich diesen Berg Arbeit bewältigen könne.

**Sv. Prof. Dr. Peter Maser** sieht in der Idee von **Abg. Hartmut Koschyk** mehrere Möglichkeiten. Es könne sicher auch ein Erzählwettbewerb sein. Ihm würde aber eher ein Parallelbeispiel wie Jad wa - Schem (Erinnerungsstätte an den Holocaust) in Jerusalem vorschweben. Wenn es gelingen würde, eine Möglichkeit zu schaffen, daß Menschen sich mitteilen können - egal in welcher Art -, und diese Erlebnisberichte gesammelt, betrachtet und analysiert würden, so fände er das nachdenkenswert.

Er regt die **Obleute** an, eine zeitlich befristete Gruppe zu bilden, in der über die unterschiedlichsten Möglichkeiten bezüglich der Forschungsaufträge vorab entschieden werde, um dem Plenum gefilterte Vorschläge machen zu können. Dies könne man nur in einer kleinen Gruppe behandeln und nicht im Plenum, auch hinsichtlich der notwendigen Sorgfalt im Umgang mit den Finanzmitteln.

**Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach** findet die Vorschläge von **Sv. Prof. Dr. Peter Maser** zum Prozedere sehr plausibel. Damit sei natürlich nicht das Recht der Berichterstattergruppen, Vorschläge zu machen, eingeschränkt.

Den Vorschlag von **Abg. Hartmut Koschyk** finde er sehr interessant und reizvoll, verweist aber auf die Probleme und Schwierigkeiten der Auswertung. Das müsse man in den Arbeitsgruppen erörtern.

Für die SPD-Fraktion sei die Frage der sowjetischen Politik und der Handlungsspielräume der SED eine zentrale Frage im Hinblick auf die Beurteilung der DDR. Dies gehe jedoch nicht ohne ein größeres Forschungsprojekt und sei aus der Sicht der SPD-Fraktion im Gesamtarbeitszeitraum der Enquete-Kommission dringlich.

Weiter schlägt er für die SPD-Fraktion eine Dokumentation der Opfer des politischen Systems der DDR vor. Dazu wäre auch ein Forschungsprojekt nötig.

Die Bilanz der strafrechtlichen Aufarbeitung, anhand der Urteilsbegründung vorhandener Prozesse, wäre eine weitere Möglichkeit für ein Forschungsvorhaben.

Ebenfalls wäre eine Studie zum staatseigenen Vermögen im verbleibenden Transformationsprozeß ein interessanter Untersuchungsgegenstand.

**Der Vorsitzende** erinnert an das zeitliche Problem und bittet die Berichterstattergruppen, die Forschungsprojekte unter dem Gesichtspunkt 1995 zu beraten und Entscheidungsvorschläge zu erbringen.

**Sv. Dirk Hansen** schließt sich den Überlegungen von Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach an. Man solle aus den Erfahrungen der alten Enquete-Kommission lernen und die Themenkomplexe nicht zu wissenschaftlich-theoretisch abhandeln. Er könne sich vorstellen, daß die Enquete-Kommission einen Auftrag an ein bestimmtes Institut vergebe, eine Untersuchung im Sinne der "oral-history" durchzuführen.

Er gibt zu überlegen, ob es nicht einen Forschungsauftrag wert wäre, zu untersuchen, wie die Medien, speziell die Zeitungen, in Ost und West in den letzten zehn Jahren mit der deutschen Frage umgegangen sind. Er stelle sich hier eine Medienuntersuchung vor, einen Forschungsauftrag, der an westdeutsche Institute vergeben werden sollte.

**Abg. Werner Kuhn** äußert zur Verfahrenslage, daß es jetzt nicht um eine Ideenfindung gehe. Anfragen zu Forschungsaufträgen sollten gezielt in die Arbeitsgruppen gegeben werden, mit den Obleuten besprochen werden, ob sie tragfähig seien, und in der nächsten Sitzung der Enquete-Kommission müsse dann ein Beschluß zu den Forschungsaufträgen gefaßt werden.

**Der Vorsitzende** stimmt dem zu, hält es aber für richtig, daß nicht nur aus den Berichterstattergruppen die Anregungen kommen, zumal diese Sitzung die erste inhaltliche Diskussion sei.

**Abg. Jörg-Otto Spiller** ist dankbar über die Aufklärung der Verfahrensweise. Er habe sie so verstanden und halte es für vernünftig, daß die Berichterstattergruppen Fragestellungen formulieren, denkbare Aufträge ins Auge fassen und dann in der Enquete-Kommission



darüber entschieden werde.

Ihm erscheine es notwendig, daß die Kommission den Versuch unternehme, die eigene Zielrichtung noch einmal zu präzisieren, bevor Aufträge verteilt werden. Die Grundlage sei der Beschluß über die Einsetzung der Enquete-Kommission.

Nach dem Beschluß des Deutschen Bundestages habe die Kommission den Auftrag (Drucksache 13/1535), Parlament und Regierung politische Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Folgen und Hinterlassenschaft der gemeinsamen deutschen Geschichte zu geben. Die Kommission würde dem Auftrag nicht gerecht werden, wenn sie nur alles Interessante zum Gegenstand von Untersuchungen machte, ohne zu überlegen, ob sich daraus Handlungsempfehlungen für die Arbeit von Parlament und Regierung ergäben. Das müsse man mitbedenken. Man dürfe sich nicht nur mit Ostdeutschland beschäftigen. Um die Teilung zu überwinden, brauche man Ost und West, und es sei die Frage wichtig, wie die Haltung im Westen sei und welche Rolle die Einheit für die alte Bundesrepublik spiele. Wichtig sei dabei auch die Wahrnehmung Ostdeutschlands in der breiten Bevölkerung Westdeutschlands. Wenn die Enquete-Kommission zum Prozeß der Einheit etwas beitragen wolle, dann müsse man das mit im Auge behalten. Abg. Jörg-Otto Spiller rät dazu, den Versuch zu machen, Fragestellungen zu finden, die nicht nur die reine DDR-Geschichte behandeln. Sein Eindruck sei, daß die Ostdeutschen auch in den vergangenen zwanzig Jahren immer mehr über Westdeutschland wußten als die Westdeutschen über Ostdeutschland. Dies zwingt auch zu Konsequenzen für die Arbeit in der Kommission.

**Sv. Karl Wilhelm Fricke** unterbreitet einen konkreten Vorschlag für einen Forschungsauftrag, den man sofort in Angriff nehmen könne. Ein Mangel in der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit sei u.a. die Unklarheit über genaue Zahlen politischer Häftlinge in der DDR. Quantitative Schätzungen zu den politischen Häftlingen in der DDR gingen in die Hunderttausende. Er stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, warum die verfügbaren Gefangenenkarteien im Bundesarchiv, Außenstelle Potsdam, und andere bis heute nicht ausgewertet wurden, und bittet ausdrücklich darum, empirische Untersuchungen zu den politischen Häftlingen in der DDR als Forschungsvorhaben in Betracht zu ziehen.

**Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach** unterstützt den Antrag des Sv. Karl Wilhelm Fricke und konstatiert, daß sich dieser mit der Dokumentation von Verfolgung und Verfolgten bestens kombinieren ließe.

**Abg. Hartmut Koschyk** empfiehlt, das Sekretariat solle für die Obleute eine Vorlage der möglichen Forschungsvorhaben erarbeiten. Die Obleute könnten aufgrund dieser Vorarbeit dringende Entscheidungen fällen, ehe sich die Berichterstattergruppen endgültig konstituiert hätten. In diesem Zusammenhang müsse man prüfen, ob der Abfluß der Mittel 1995 etwas

großzügiger gehandhabt werden könne.

**Der Vorsitzende** bittet die Berichterstattergruppen, diese Empfehlung aufzunehmen, auch unter dem Gesichtspunkt der Handlungsvorschläge für die Politik, die der Abg. Jörg-Otto Spiller vorgetragen habe. Auch die Westthematik dürfe man nicht aus den Augen verlieren.

#### **PUNKT 5 DER TAGESORDNUNG**

##### **Gespräch beim Bundespräsidenten am 13. Oktober 1995**

**Der Vorsitzende** informiert über das geplante Gespräch mit Bundespräsident Roman Herzog. Der Bundespräsident habe der Bitte des Vorsitzenden der Enquete-Kommission zugestimmt und sei bereit, am 13. Oktober 1995 um 11.30 Uhr die Kommission zu empfangen und ein Gespräch mit ihr zu führen. Das Sekretariat bitte darum, die Anmeldung zu diesem Gespräch bis zum 10. Oktober 1995 dem Sekretariat zukommen zu lassen.

In dem Gespräch mit dem Bundespräsidenten erfolge die Übergabe eines Vorexemplars der Edition aus der 12. Wahlperiode an den Bundespräsidenten durch den Kommissionsvorsitzenden.

**Der Vorsitzende** bemerkt, daß der Bundespräsident in Kurzform über die Ergebnisse und Erkenntnisse der ersten Kommission informiert werden möchte und konkretere Angaben über die Gründe der Bildung einer zweiten Enquete-Kommission wünsche. Danach werde noch ein kurzes Gespräch stattfinden, in dem der Vorsitzende und die Obleute je fünf Minuten zur Verfügung hätten.

**Sv. Prof. Dr. Peter Maser** hofft, daß es über dieses Gespräch noch Informationen gebe; man werde sich einigen müssen, wer über welchen Schwerpunkt rede.

**Der Vorsitzende** leitet zum Tagesordnungspunkt 6 über und gibt Termin, Thema, Teilnehmer, Ablauf und Verfahren der Vorbereitung bekannt.



## PUNKT 6 DER TAGESORDNUNG

### Öffentliche Anhörung im November 1995

- a) Termin: 14.11.1995, ganztätig in Berlin
- b) Thema: "Wege ins Offene - Erfahrungen und Lehren aus den Diktaturen des 20. Jahrhunderts"
- c) vorgesehene Teilnehmer: Bundespräsident Roman Herzog, Präsident Václav Havel, Außenminister Bartoszewski sowie der Schriftsteller Jorge Semprun

**Der Vorsitzende** weist auf die Schwierigkeiten hin, alle genannten Persönlichkeiten zu einem Termin zu vereinen. Bundespräsident Herzog und Herr Bartoszewski hätten bereits zugesagt. Die anderen Zusagen stünden noch aus.

- d) Ablauf  
ca. 10.00-12.00 Uhr allgemeine Diskussionsrunde der Kommissionsmitglieder in der Art einer Plenardebatte des Deutschen Bundestages  
ca. 14.00-17.00 Uhr Ansprachen von Bundespräsident Herzog, Präsident Havel, Außenminister Bartoszewski sowie dem Schriftsteller Semprun
- e) Verfahren der Vorbereitung

**Der Vorsitzende** fragt an, ob die weitere Vorbereitung durch das Obleutegespräch zu regeln sei oder ob dazu noch eine Projektgruppe einzusetzen sei.

Beschlußfassung, daß die Obleute die Vorbereitung regeln.

**Abg. Gerd Poppe** macht darauf aufmerksam, daß die Antwort von Václav Havel noch ausstehe und der Bundespräsident darauf Wert lege, daß beide Präsidenten anwesend seien. Er sei bis heute noch nicht verständigt worden und stellt in Frage, ob die Veranstaltung unter dieser Thematik stattfinden kann, wenn Václav Havel nicht kommt. Er bemühe sich, es schnellstens in Erfahrung zu bringen.

## **PUNKT 7 DER TAGESORDNUNG**

### **Arbeits- und Zeitplan 1995 (s. Kdrs. 1)**

28.09.1995 Berichterstattergruppe

12.10.1995 Kommissionssitzung:

- Bericht des Bundesregierung
- weitere Arbeitsplanung
- Vorlage eines detaillierten Arbeits- und Zeitplanes 1995 durch das Sekretariat

## PUNKT 8 DER TAGESORDNUNG

### Verschiedenes

#### Der Vorsitzende:

Mittwoch, 11.10.1995, 10.30 Uhr: Übergabe der Edition der Materialien aus der 12. Wahlperiode an die Bundestagspräsidentin, Rita Süßmuth, durch die Obleuterunde der alten Kommission;

Donnerstag, 9.11.1995, 12.00 Uhr in der Landesvertretung Baden-Württemberg: Öffentliche Präsentation der Edition der Materialien aus der 12. Wahlperiode in Anwesenheit der Bundestagspräsidentin;

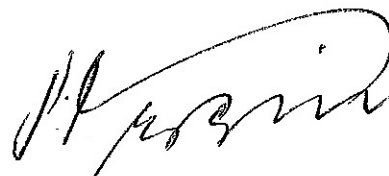
Mitteilung, daß der Vorsitzende Abg. Rainer Eppelmann in einem Schreiben an den Vorsitzenden der entsprechenden Enquete-Kommission des Landtages Mecklenburg-Vorpommern eine Zusammenarbeit beider Kommissionen angeregt habe.

**Abg. Werner Kuhn** stellt eine Anfrage zur Gruppe B, die noch keinen Sachverständigen habe, und bittet darum, darüber noch einmal nachzudenken.

Ende der Sitzung: 21.20 Uhr

Ma/Rk

Anlage 1



Siegfried Vergin

(stellv. Vorsitzender)

### **Antrag auf Einsetzung einer "Arbeitsgruppe Archive"**

In der letzten Enquete-Kommission konnte die neben den Berichterstattergruppen tätige "Arbeitsgruppe Archive" wichtige Aufgaben erfüllen, wie aus dem Bericht der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", S. 234 ff. zu ersehen ist. Die prekäre Situation der Archive in Rußland, aber auch offene Fragen in osteuropäischen und deutschen Archiven sind im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur nach wie vor von Bedeutung und machen erneut die Einsetzung einer Arbeitsgruppe Archive der Enquete-Kommission notwendig. Einige Probleme und Aufgaben, deren sich diese Arbeitsgruppe annehmen müßte, seien genannt:

1. Alle Forscher, die in russischen Archiven arbeiten, berichten, daß zunehmend sowjetische Materialien als "geheim" deklariert, selbst bisher bereits zugängliche Archivalien nun wieder sekretiert werden. Die Enquete-Kommission soll bei der Frage der Einbindung der beiden deutschen Staaten in die Blöcke auch "die Frage nach der Möglichkeit selbständiger politischer Entscheidungen in der DDR" untersuchen. Der Handlungsspielraum der DDR bzw. SED ist letztlich nur anhand der Moskauer Akten, der Einsicht in sowjetische interne Beschlüsse, Anweisungen, Briefwechsel usw. zu rekonstruieren. Bei der zunehmenden Einschränkung des Zugangs zu russischen Akten für die deutsche Forschung könnte und müßte eine Arbeitsgruppe Archive Probleme benennen, Forschungsaufträge unterstützen, Schwierigkeiten von Forschungen dokumentieren, die Politik informieren und entsprechende Vorschläge unterbreiten.
2. Die Verbindung zu den Archiven osteuropäischer Länder sollte aufgenommen und durch Sachstandsberichte über deren Bedeutung und Zustand informiert werden.
3. Aber auch im Bereich der Archive der früheren DDR muß die Arbeitsgruppe Archive - wie die der letzten Enquete-Kommission - aktuelle Sachstandsberichte über den Zustand von Archivalien (vor allem der unteren Ebene) und über Aktenvernichtung einholen. So gibt es inzwischen neue Erkenntnisse, z.B. daß bereits 1970 im Zentralen Parteiarchiv der SED fast 1.200 Akteneinheiten zur wichtigen Kaderfrage der Kassation zum Opfer fielen, d.h. also vernichtet worden sind. Auch die Nachforschung, wo verfilmte, aber z.T. verschwundene SED-Akten verblieben sind, ist zu untersuchen. Die systematische Prüfung ähnlicher Fälle, wie z.B. die Vernichtung der Akten der Abteilung "Verkehr", oder die Bemühungen, 1989/90 das SED-Archiv in die Sowjetunion zu bringen usw., wäre in der bewährten Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv und seinem Präsidenten, Prof. Dr. Kahlenberg, vorzunehmen.

4. Die Schwierigkeiten, die manche Oppositionsgruppen aus der "Wendezeit" mit der Übergabe ihrer Archivalien an das Leipziger Institut (vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn verwaltet) haben, könnte durch Kontakte mit diesen Gruppen thematisiert und vielleicht behoben werden.

5. Das gleiche gilt für die Dokumentensammlungen von Gedenkstätten und deren Kooperation mit jeweils zuständigen Archiven.

6. Über die wichtigen Dokumente, die inzwischen in Kopien aus Moskau an deutschen Stellen (z.T. Einzelforscher) gelangten - etwa über die Speziallager der Sowjetunion in der SBZ nach 1945 -, sind ebenfalls Sachstandsberichte und Vorschläge für deren Aufarbeitung nötig.

7. Bei den für die Aufarbeitung der SED-Diktatur wesentlichen Akten in westlichen Archiven (für die ja die 30-Jahres-Sperre gilt) könnte die Arbeitsgruppe Archive - gerade auch für die Forschungsaufträge und Expertisen der Enquete-Kommission selbst - versuchen, zusammen mit den Archiven Regelungen vorzuschlagen.

8. Angesichts der Bedeutung, die die Kirchen für das Leben der Menschen in der DDR hatten, und die vielfältigen Aktenüberlieferungen hierzu (SED, Kirchenarchive, staatl. Dienststellen, Westakten) sollen der Archivgruppe Anregungen zur weiteren Untersuchung auch auf diesem Gebiet geben.

Diese und andere Probleme zeigen, daß bei der Fülle der drängenden Aufgaben zweckmäßig wäre, sofort eine kleine Arbeitsgruppe Archive von der Enquete-Kommission einzusetzen.

Prof. Dr. Hermann Weber

Prof. Dr. Manfred Wilke

Prof. Dr. Peter Maser

Prof. Dr. Bernd Faulenbach